

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1952**

103 (3.5.1952)

ETTlinger Zeitung

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang

Samstag, den 3. Mai 1952

Nr. 103

Der Lehrernachwuchs schwindet

Das Existenzminimum nicht mehr gesichert
Marburg (UP). 90 Delegierte des Deutschen Hochschulverbandes von allen westdeutschen Hochschulen erklärten in einer Entscheidung an die Kultus- und Finanzminister der Bundesländer, daß der Hochschulverband mit großer Sorge beobachtet, wie in manchen Sparten der Lehrernachwuchs schwinde, da die wirtschaftliche und rechtliche Sicherung des Existenzminimums nicht mehr gegeben sei. Die meisten außerplanmäßigen Hochschullehrer, die infolge des wesentlich ausgedehnten Hochschulunterrichts und der größeren Studentenzahl vielfach die gleichen Aufgaben zu leisten haben wie Lehrstuhlinhaber, erhielten nicht einmal das Gehalt eines Studienrates. Wie der Vorsitzende des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Felgenträger, erklärte, ist die wirtschaftliche Kluft zwischen Industrie und Hochschule bereits so groß, daß es sich hochqualifizierte Fachkräfte sehr überlegen, ob sie von der Industrie auf einen Lehrstuhl überwechseln.

Kampfsänge Blüchers gegen DGB

Gegen Verkürzung der Arbeitszeit — Erste höhere Produktivität
Wiesbaden (UP). Vizekanzler Blücher sagte in einer Wahlkundgebung in Wiesbaden in seiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender der FDP der DGB-Forderung auf Einführung der 40-Stunden-Woche den entschiedensten Kampf an. Blücher wandte sich gegen die „nicht überprüfte Behauptung, es sei uns möglich, mit verkürzter Arbeitszeit weiter zu leben, den Lebensstandard weiter zu heben und uns sozial um unsere Arbeitnehmer zu kümmern“. Es werde eine der ersten Aufgaben seiner Partei in den nächsten Monaten sein, der Arbeitnehmerschaft im Bundesgebiet die Augen zu öffnen. Die FDP wolle den Arbeitern und Angestellten zeigen, wohin der Weg führe, den eine machtingrige Organisation gehe.
Die FDP, so fuhr Blücher fort, sei der Ansicht, daß sich der DGB nicht in der Züchtung einer Massenorganisation erschöpfen dürfe, sondern dem Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften folgen müsse — die ihre Aufgaben darin sehen, die höchste Produktivität in den Betrieben zu schaffen. Der Vizekanzler übte bei dieser Gelegenheit scharfe Kritik an der Haltung der SPD im Wahlkampf. Er betonte, die Behauptung Dr. Schumachers, daß in den letzten Jahren in der Bundesrepublik die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher geworden seien, entbehre jeder Grundlage. Die SPD arbeite hierbei nach einer Methode der Verdummung.

Stahlstreik in den USA abgeblasen

Entscheidung liegt beim Obersten Bundesgericht — Truman will vermitteln
Washington (UP). Der Präsident des Gewerkschaftsverbandes CIO, Philip Murray, wies, einer telegrafischen Bitte Präsident Trumans entsprechend, die streikenden Stahlarbeiter an, die Arbeit „so schnell wie möglich“ wieder aufzunehmen.
Wenige Stunden vorher hatten Regierung und Stahlindustrie dem Obersten Bundesgericht ihre Schriftsätze zum Beschlagsstreit unterbreitet. Die Regierung begründet in ihrem Antrag, inwiefern sie sich zur Beschlagsnahme der Stahlwerke berechtigt glaubt, während die Industrie ihrerseits zu beweisen versucht, daß eine solche Beschlagsnahme nach Recht und Verfassung der USA nicht möglich sei.
Obgleich Murray den Stahlstreik abgeblasen hat, so wird doch die Arbeit kaum vor Anfang nächster Woche in größerem Maßstab aufgenommen werden können. Mit der Wiederaufnahme der vollen Produktion ist erst in etwa zwei Wochen zu rechnen.
Truman hat sich jetzt selbst als Vermittler in den Lohnstreit zwischen der Stahlindustrie und den Gewerkschaften eingeschaltet, indem er die Leiter der sechs größten Stahlfirmen und den CIO-Präsidenten Murray bat, am Samstag zu einer gemeinsamen Besprechung ins Weiße Haus zu kommen.
Inzwischen geht der Streik von 99 000 Arbeitern weiter, bei dem es gleichfalls um Lohnforderungen geht. Die Verhandlungen zwischen den Ölgesellschaften und den Gewerkschaften machen keinerlei Fortschritte. In verschiedenen Teilen des Landes macht sich schon eine Knappheit an Benzin und Dieselöl bemerkbar, da mehrere große Raffinerien stillliegen.

Hansen schreibt an Churchill

Bonn (UP). Der erste Vorsitzende des Verbandes deutscher Soldaten, Admiral a. D. Hansen, hat sich in einem Schreiben an den britischen Premierminister Churchill für eine Amnestierung aller „deutschen Menschen“ ausgesprochen, die nun schon über sieben Jahre in Kerker schmachten. Der Premierminister möge seinen ganzen Einfluß geltend machen, zumal das Zusammenreffen der westlichen Staatsmänner zur Unterzeichnung des Generalvertrages Gelegenheit biete, die Frage der Generalamnestie „schnellstens“ zu entscheiden. Es müsse endlich ein Strich unter Vergangenes gezogen werden, damit Deutschland ohne tiefgreifende innere Hemmungen wieder in die Gemeinschaft des abendländischen Kulturkreises hineinwachsen könne.

Revision setzt Einstimmigkeit voraus

Noch drei Fragen ungeklärt — Kabinett beriet die Vertragsverhandlungen

Bonn (UP). Das Bundeskabinett setzte am Freitagvormittag unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers die Erörterung der deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen fort. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die von den Koalitionsparteien vorgebrachten Bedenken gegen einzelne Artikel der geplanten Vereinbarungen besprochen.

Noch drei wichtige Fragen sind in dem rund 120 Artikel umfassenden Entwurf eines Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu klären: 1. Der Sitz des Europäischen Verteidigungskommissariats. Darüber sollen die Außenminister selbst entscheiden. 2. Der deutsche Finanzbeitrag. Er wird möglicherweise zunächst ausgenommen, bis in Bonn bei den Verhandlungen über die Finanzverträge im Generalvertrag Einigung erzielt worden ist. 3. Die Stellung der sogenannten Zonenbefehlshaber. Auch diese Frage muß durch die Außenminister selbst geregelt werden.

Die Zonenbefehlshaber sollen die Organisation der Wehrkreise, die Rekrutierung und die Verwaltung wahrnehmen. Eine solche „Territorialspitze“ ist vor allem für Deutschland besonders wichtig, da hier alle administrativen Einrichtungen erst geschaffen werden müssen. Der Zonenbefehlshaber würde dem Verteidigungsministerium und dem Europäischen Verteidigungskommissariat verantwortlich sein. Außer Frankreich haben alle anderen Staaten dieser Regelung zugestimmt. Die Franzosen treten für eine zentrale Lösung ein und wollen die Wehrkreise direkt dem Kommissariat unterstellen.

Eine künftige gesamtdeutsche Regierung soll die Verpflichtungen des Generalvertrages für die Bundesrepublik übernehmen, wurde einem UP-Korrespondenten von amtlicher Seite bestätigt. Gleichzeitig werden einem wiedervereinigten Deutschland aber auch die gleichen Rechte wie der Bundesrepublik eingeräumt. Dieser unlösbare Zusammenhang von Rechten und Pflichten ist auf Verlangen der drei Westmächte in den Entwurf des Generalvertrages aufgenommen worden. Eine solche Regelung wurde von den Alliierten gefordert, nach dem die Bundeskanzler auf dem Wunsch nach „gleichen Rechten für Gesamtdeutschland“ bestanden hatte.

Im Generalvertrags-Entwurf hieß es zunächst: „Dem wiedervereinigten Deutschland sollen in gleicher Weise die Rechte der Bundesrepublik aus diesen Vereinbarungen zustehen.“ Dieser Satz ist jetzt durch die Bestimmungen erweitert worden, daß Gesamtdeutschland auch in die Verpflichtungen des Generalvertrages eintreten soll. Da sich an anderer Stelle des Generalvertrags der Satz findet: „Die Bundesrepublik wird sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen...“, bedeutet die Verpflichtung eines wiedervereinigten Deutschlands auf den Generalvertrag praktisch, daß auch Gesamtdeutschland Mitglied der Europa-Armee bleiben muß.

Der Generalvertrag enthält allerdings eine Revisionsklausel, wonach eine Überprüfung der Vereinbarungen „in gegenseitigem Einvernehmen“ der vier Signatarstaaten im Falle der Wiedervereinigung möglich ist. Dagegen ist in dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bisher nur eine sogenannte „Anpassungsklausel“, aber keine ausgesprochene Revisionsklausel aufgenommen worden. Das Wort „Wiedervereinigung“ tritt im bisherigen Entwurf des Armeevertrages noch nicht in Erscheinung.

In Bonn wird in diesem Zusammenhang betont, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands durchaus ein Beschluß der Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft denkbar sei. Gesamtdeutschland aus der Europa-Armee zu entlassen. Bei buchstabengetreuer Interpretation des Armeevertrages könne ein Austritt an sich nur einstimmig beschlossen werden. Eine Wiedervereinigung Deutschlands könne aber beispielsweise, so heißt es weiter, unter anderem auf Grund einer Viermächte-Vereinbarung erfolgen, daß zunächst weder in Ost- noch in Westdeutschland militärische Verbände aufgestellt werden, sondern der gesamtdeutschen Regierung hierüber freie Entscheidung gelassen wird. In einem solchen Fall dürften möglicherweise auch die Westmächte im Streben nach einer friedlichen Ost-West-Lösung an einer „Entlassung“ Westdeutschlands interessiert sein.

Kein neuer Unterwerfungsvertrag

FDP-Kritik an den Vertragsplänen — Ollenhauer schießt scharf

Bonn (UP). Ein Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion stellte vor der Presse in Bonn fest, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob der Generalvertrag und seine Zusatzabkommen ein „neuer Unterwerfungsvertrag“ seien. Es sei eine unabdingbare Forderung seiner Partei, daß gemäß den Washingtoner Beschlüssen die Eingliederung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Völker nur unter völliger Gleichberechtigung erfolge, das Besatzungsregime abgelöst und die Interventionsmöglichkeiten der Westmächte beseitigt werden. Man dürfe dem deutschen Volk nicht zumuten, so führte der Sprecher aus, daß die Einigung der freien Völker allzu stark zu Lasten der Bundesrepublik vorgenommen werden. Sollte es der FDP nicht gelingen, ihren Standpunkt mit dem der anderen Parteien abzustimmen, würde sie dem Vertragswerk nicht zustimmen.

Im einzelnen lehnte der FDP-Sprecher die im Generalvertrag vorgesehene Notstandsklausel ab, weil der gleiche Notstand auch in jedem anderen Land der Vertragspartner entstehen könne. Die sogenannte Revisionsklausel müsse nach der Wiedervereinigung Deutschlands neu geregelt werden. Der Berliner FDP-Vorsitzende Schwennicke unterstrich in diesem Zusammenhang, daß eine schon jetzt vorsorglich festgelegte Bindung der Sowjetzone an die Vertragspartner auf keinen Fall in das Vertragswerk gehöre. Denn man müsse umgekehrt damit rechnen, daß Moskau mit der Deutschen Demokratischen Republik Verträge mit einer ähnlichen vorsorglichen Bindung der Bundesrepublik an das östliche System abschließen. Der Sprecher der FDP betonte, daß die Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung auch auf einen Verteidigungsbeitrag angewendet werden müsse.

Der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, erklärte in einer Rede in Rüsselsheim, die Sozialdemokraten würden die Entwürfe für den Generalvertrag und den Verteidigungsbeitrag in ihrer gegenwärtigen Form unter allen Umständen ablehnen. Die SPD sei nicht bereit, die Hand dafür zu bieten, daß man in Westeuropa unter Ausnutzung der gegenwärtigen Machtverhältnisse eine kleineuropäische Gemeinschaft aufbaue, in der konservative und klerikale Kräfte die Oberhand hätten. Das deutsche Volk habe von der „Adenauer“ in Deutschland „reichlich genug“ und wolle sie nicht auch noch auf Europa ausgedehnt haben.

Englischer Pessimismus

Die liberale englische Zeitung „Manchester Guardian“ meldet aus Bonn, daß die Verhandlungen über den Generalvertrag auf ernste Schwierigkeiten gestossen seien. „Zum ersten Mal seit ihrem Beginn vor sieben Monaten besteht die echte Gefahr, daß die deutsch-alliierten Verhandlungen über die neuen Verträge, welche der deutschen Bundesrepublik den Status eines souveränen Staates geben sollen, zusammenbrechen.“ Das Blatt erwähnt in diesem Zusammenhang die Einwände der Freien Demokraten und der Deutschen Partei. Auch in Presse und Öffentlichkeit nehme die Kritik an gewissen Klauseln der Verträge zu. Schließlich werde auch immer lauter die Forderung erhoben, daß vor einer endgültigen politischen und militärischen Bindung der Bundesrepublik an den Westen Vier-Mächte-Verhandlungen über die Möglichkeit freier gesamtdeutscher Wahlen aufgenommen werden sollten.

Jüdische Europa-Zentrale aufgelöst

Düsseldorf (UP). Das europäische Hauptbüro der Jewish Agency in Paris soll, der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ zufolge, noch vor Ende Mai aufgelöst werden. Die Aufrechterhaltung des europäischen Büros sei, so schreibt das Blatt, nicht mehr lohnend. Mit seiner Auflösung vollende sich auf einem weiteren Gebiet des jüdischen Lebens die Tragödie der europäischen Juden, die noch vor zwei Jahrzehnten das „Rückgrat und geistige Reservoir der Judenheit“ dargestellt hätten. Für die Judenheit habe Europa seine Rolle ausgespielt. Die Schließung des Pariser Hauptbüros werde mit dem Ende der jüdischen Auswanderung aus Europa begründet.

Griechisch-türkische Gespräche

Athen (UP). Der griechische Außenminister Venizelos und der gegenwärtig in Athen zu Besuch weilende türkische Ministerpräsident Menderes beendeten ihre sechstägigen Verhandlungen. Bezüglich der geplanten Unterstellung der Streitkräfte Griechenlands und der Türkei innerhalb der NATO unter das Kommando des italienischen Generals de Castiglione, Chef der NATO-Landstreitkräfte in Südeuropa, äußerte Menderes, es seien weitere Verhandlungen zwischen den drei Staaten auf gleichberechtigter Basis nötig. Bisher haben Griechenland und die Türkei sich dieser Unterstellung widersetzt. Im übrigen beabsichtigen die Türkei und Griechenland eine Verstärkung ihrer gegenseitigen Beziehungen durch einen weiteren Pakt, der unabhängig von der Bindung beider Länder durch den Atlantikpakt ihre Zusammenarbeit fördern soll.

Frachttarife sollen erhöht werden

Bei Bundesbahn und Kraftfahrzeugverkehr
Bonn (UP). Das Bundeskabinett billigte die Erhöhung der Wagenladungstarife der Bundesbahn und des gewerblichen Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen um zehn Prozent. Wie ein Regierungssprecher mitteilte, ist die Erhöhung notwendig geworden, weil die vom Kabinett bereits beschlossene Erhöhung des Kohlepreises um 10 DM je Tonne eine Mehrbelastung der Bundesbahn von 130 Millionen DM im Jahr mit sich bringe.

Die Verordnungen über die Erhöhung der Wagenladungstarife und die Heraussetzung des Kohlepreises bedürfen noch der Zustimmung des Bundesrates; sie sollen miteinander gekoppelt werden, so daß entweder beide in Kraft gesetzt werden oder keine. Nach dem Plan der Bundesregierung sollen die Preis-erhöhungen mit dem 15. Mai 1952 wirksam werden.

Die Wagenladungstarife im Kraftwagenverkehr, der nicht von der Kohlepreiserhöhung betroffen ist, seien erhöht worden, um die Parität der Tarife bei Schiene und Straße aufrecht zu erhalten, teilte ein Sprecher des Verkehrsministeriums ergänzend mit. Er betonte, daß die Fahrpreise im Personenverkehr nicht teurer werden sollen.

Die Erhöhung der Wagenladungstarife wird der Bundesbahn voraussichtlich Mehreinnahmen von 250 Millionen DM im Jahre erbringen, also mehr, als die Kohlepreiserhöhung den Betrieb verteuern würde. Der Finanzbedarf der Bundesbahn belaufe sich aber auf rund 652 Millionen DM jährlich. Um diesen Bedarf voll decken zu können, wäre eine Tarifierhöhung um 26 Prozent notwendig gewesen. Man hoffe aber, den Rest durch eine Umsatzsteigerung ausgleichen zu können.
Die Erhöhung der Wagenladungstarife der Bundesbahn wird voraussichtlich Mehreinnahmen von 250 Millionen DM im Jahre erbringen, also mehr, als die Kohlepreiserhöhung den Betrieb verteuern würde. Der Finanzbedarf der Bundesbahn belaufe sich aber auf rund 652 Millionen DM jährlich. Um diesen Bedarf voll decken zu können, wäre eine Tarifierhöhung um 26 Prozent notwendig gewesen. Man hoffe aber, den Rest durch eine Umsatzsteigerung ausgleichen zu können.

Die geplante Erhöhung des Kohlepreises würde eine jährliche Mehrbelastung der westdeutschen Energiewirtschaft um 96 Millionen DM zur Folge haben, behauptet der „Verband deutscher Elektrizitätswerke“. Danach wird in diesem Jahr mit einem Kohleverbrauch von 9,6 Millionen Tonnen gerechnet. Die Mehrbelastung von 96 Millionen DM entspreche etwa dem Betrag, den die Energieversorgungsunternehmen aus der Investitionshilfe für vordringliche Neubauten erhalten sollen.

Rößler erhielt 1 1/2 Jahre Gefängnis

Ende des falschen Bundestagsabgeordneten

Bonn (UP). Die Erste Strafkammer des Landgerichts Bonn verurteilte den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Fritz Rößler alias Franz Richter wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug Personenstands-Unterdrückung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird angeordnet. Das Gericht schloß sich damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft an.

In der Urteilsbegründung bezeichnete es der Vorsitzende als die schwerste Belastung für den Angeklagten, daß er sich wieder politisch betätigt habe. „Daß er sich sogar als Bundestagsabgeordneter wählen ließ, zeugt von der einsichtslosen politischen Einstellung und dem Geltungsbedürfnis des Angeklagten.“ Rößler habe gewußt, daß er damit der Demokratie schwersten Schaden zufüge. Darin liege eine Mißachtung und Verhöhnung des Bundestages. Die Führung des falschen Namens und auch die Fälschung des Personenstandes sei nach Ansicht des Gerichts menschlich noch verständlich gewesen.

In seinem Schlußwort sagte Fritz Rößler, er habe nach 1945 damit rechnen müssen, an die Tschechoslowakei ausgeliefert zu werden. Es sei für ihn um Leben und Tod gegangen. Daher habe er sich getarnt. „Als ich nachher das Vertrauen der Leute erhielt“, so fuhr der Angeklagte fort, „dürfte ich dieses Vertrauen nicht mehr enttäuschen“.

Ein ungarisches Gericht verurteilte neun Juden zu je acht Jahren Gefängnis, weil sie illegal das Land zu verlassen suchten.

Fünf Österreicher wurden aus unbekanntem Gründen von den sowjetischen Behörden verhaftet, teilweise unter Anwendung von Gewalt.

Der deutsche Olympia-Film von den Winterspielen 1952 in Oslo wurde in München uraufgeführt.

In Indien begann die Neuwahl des Staatspräsidenten, deren Ergebnis erst in drei Tagen vorliegen wird. Man rechnet mit der Wiederwahl Präsads.

Vladimir Poptomoff, der stellvertretende Ministerpräsident Bulgariens und einer der Mitbegründer der Kominform, ist nach längerer Krankheit gestorben.

Eine Amnestie für 10 000 kriminell Straffällige, denen bis zur Hälfte ihrer Gefängnisstrafe nachgelassen wurde, verkündete der spanische Justizminister aus Anlaß des Eucharistischen Kongresses in Barcelona.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Nicht ohne gewissen Neid blickt in diesen Tagen das deutsche Volk zu seinem früheren japanischen Waffengefährten hinüber, der aus der großzügigen Hand des Präsidenten Truman Freiheit, Frieden und die Bürgerschaft seiner künftigen Sicherheit empfing. Wohl bleiben noch amerikanische Truppen auf den Inseln Nippons, aber sie sind keine Besatzungssoldaten mehr, sondern Alliierte und Assistenten beim Wiederaufbau einer japanischen Wehrmacht. Das Sonnenbanner flattert wieder souverän über dem Palast des Mikado, in dessen Land eine frei gewordene Wirtschaft sich entfalten kann.

Die Inkraftsetzung des Friedensvertrages für Japan ist nicht nur ein Zeugnis weitblickender Politik, sondern auch eine drastische Demonstration des unglückseligen Zustandes Deutschlands, das solcher Gunst sich noch lange nicht erfreuen wird. Aus dem unfruchtbaren Streit zwischen Bonner Regierungskoalition und Opposition ist zwar ein gemeinsamer Gedanke erwachsen, der zu einem Ansatzpunkt künftiger Gespräche werden könnte, wenn der Kanzler ihn zu pflegen versteht und Dr. Schumacher sich einmal dazu bereit findet, auf das Prinzip des grundsätzlichen Nein zu allen Regierungsvorschlägen zu verzichten: nämlich bezüglich der Idee, Verhandlungen der vier Besatzungsmächte anzuknüpfen, um endgültig zu klären, ob die Sowjetunion die Wiederherstellung der deutschen Einheit ehrlich meint oder sie nur als propagandistisches Schlagwort im Munde führt.

Die Aussichten hierfür sind leider alles andere als günstig. Die Westmächte haben sich zwar nach Konsultierung des Bundeskanzlers entschlossen, dem Kreml einige konkrete Fragen vorzulegen, aber im übrigen geben sie deutlich genug zu verstehen, daß sie sich nicht mehr auf aussichtslose Konferenzen einlassen werden. Die Voraussetzung eines Vierer-Gesprächs wäre nach Ansicht des Westens zum mindesten ein klarer Beweis des sowjetischen Verständigungswillens, dessen Gegenteil inzwischen durch die Schüsse zweier russischer Jagdflugzeuge auf eine französische Verkehrsflugmaschine manifestiert wurde. Dieser Zwischenfall wäre vermeidbar gewesen; selbst wenn man die von französischer Seite dementierte Behauptung der Russen als richtig unterstellen würde, daß das Flugzeug der Air France vom vorgeschriebenen Kurs nach Berlin abgewichen ist, dann brauchte ja nicht gleich scharf geschossen und das Leben seiner zivilen Insassen gefährdet zu werden.

Auch der Aufmarsch der zur Feier des 1. Mai befohlenen Arbeiter der Ostzone und die aggressiven Reden der Herren Pieck und Grotewohl lassen wenig Rückschlüsse auf eine Verständigungsmöglichkeit in der gesamtdeutschen Frage zu. In um so stärkerem Kontrast dazu standen die Veranstaltungen in Westberlin, bei denen Bundespräsident Heuss und DGB-Vorsitzender Fette sich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit bekannten, indem sie klar die Wege aufwiesen, um durch das Mittel freier, von neutralen Instanzen kontrollierter Wahlen zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und einer Nationalversammlung zu gelangen. In diesem Zusammenhang muß übrigens vermerkt werden, daß die von Moskau und Pankow ausgegebenen Parolen zur Entfesselung von Gegenkundgebungen im Bundesgebiet fast restlos versagten. Wo sich in seltenen Ausnahmefällen Störenfriede zeigten, wurden sie schnell zum Schweigen gebracht. So waren also die Malfeiern in der Bundesrepublik nicht zuletzt eine eindrucksvolle Demonstration der werktätigen Massen gegen die kommunistischen Zielsetzungen.

Auf der politischen und militärischen Bühne Europas ist inzwischen ein neuer Mann in Erscheinung getreten: General Ridgway. Er übernimmt ein leichteres Amt als sein Vorgänger, General Eisenhower, dem die schwierige Aufgabe gestellt war, gewissermaßen aus dem Nichts eine Verteidigungsorganisation aufzubauen, die sich einerseits auf den Atlantikpakt und andererseits auf die Europäische Armee stützen soll. Wenngleich es ihm gelungen ist, bereits eine beachtliche Streitmacht auf die Beine zu stellen, verblüht doch seinem Nachfolger die heikle Mission, die beiden Werkzeuge der künftigen Friedenssicherung noch zu koordinieren.

Dies scheint weniger ein militärisches als ein politisches Problem zu sein, da Frankreich aus unverständlichen Gründen eine allzu enge Verflechtung von NATO und Europa-Armee verhindern will, weil die Bundesrepublik zwar an letzterer beteiligt, aber von ersterer ferngehalten werden soll. Die Verhandlungen hierüber sind trotz der gegenseitigen Bemühungen Dr. Adenauers wieder auf die lange Bank geschoben worden; mit um so größerer Intensität betreibt man statt dessen zur Zeit den Abschluß des Generalvertrages, der bereits in seine letzte Phase eingetreten sein soll.

Deren Abwicklung wäre ohne Zweifel erleichtert worden, wenn die Alliierten sich nicht auf Forderungen versteift hätten, die mit der Verteidigung nichts zu tun haben. Dazu gehört z. B. das Problem der Gewerbefreiheit und das erstaunliche Verlangen, Industriebetriebe mit ausländischem Kapital von der Finanzierung des Lastenausgleichs auszunehmen. Daneben steht die heftig umstrittene Frage der Aufschlüsselung des finanziellen Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik, die nicht nur ihre eigene Aufrüstung bezahlen, sondern auch noch die Kosten der ausländischen Truppen in Deutschland bestreiten soll.

Eine tragbare Lösung dieses Problems ist in der Tat nur denkbar, wenn die Alliierten sich zu einer durchaus zumutbaren Drosselung ihrer Forderungen verstehen. Denn schließlich kann es nicht nur die Pflicht der Bundesrepublik sein, Truppen der Alliierten zu bezahlen, die sie ohnehin um ihrer eigenen Sicherheit willen unterhalten müssen, wobei es eine zweitrangige Frage ist, ob diese in Frankreich oder England oder in der Bundesrepublik stationiert sind. Und nicht zuletzt

Abschiedsbesuch Eisenhowers in Bonn

Politisch-militärische Aussprache im Palais Schaumburg

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer und General Eisenhower hatten am Freitag in Bonn eine einstündige Unterredung über die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft und den vorgesehenen militärischen Beitrag der Bundesrepublik in Stärke von zwölf Divisionen.

Anschließend war der scheidende Oberbefehlshaber der Atlantikpakt-Truppen Gast des Kanzlers bei einem Essen in kleinem Kreis. An der vorangegangenen Besprechung über politische und militärische Fragen nahmen nur die engsten Berater Eisenhowers und Dr. Adenauers teil, unter ihnen Hochkommissar McCloy, General Gruenther und Staatssekretär Hallstein.

Im Kreuzfeuer der Pressefotografen gab der General vor seiner Rückkehr nach Paris auf der Terrasse des Bundeskanzleramts vor deutschen und ausländischen Journalisten eine kurze Erklärung ab, in der er sich befriedigt über sein Gespräch mit dem Bundeskanzler äußerte. Er sagte: „Es war ein glücklicher Umstand, daß diese Konferenz mit dem Bundeskanzler stattfand. Wir erzielten vor allem in einem Punkt Einverständnis: daß die Jugend Europas ein besseres Schicksal verdient als unsere Generation. Wir haben nicht über Militärbündnisse oder irgendwelche Geheimvereinbarungen gesprochen, die sich gegen irgendeine andere Nation richten. Wir haben lediglich erörtert, was wir tun könnten, um der Jugend Europas, besonders den jungen fortschrittlichen Kräften Europas, eine Chance zu geben, ihre Zukunft in Frieden und Freiheit zu bauen. Wir stehen an der Schwelle einer bedeutsamen Entwicklung in Frieden und Sicherheit.“

Zu einem heiteren Zwischenspiel kam es am Tor zum Palais Schaumburg, ehe Eisenhower und Adenauer sich der Presse stellten. Vier Elefanten einer Zirkusgruppe versuch-

ten, Eintritt in den Garten des Bundeskanzleramts zu erlangen, um sich dort dem republikanischen Präsidentschaftsanwärter zu zeigen. Der Elefant ist nämlich das Symbol der Republikaner. Die offenbar zu humorlose Polizei wies jedoch die „Besucher“ ab.

KP-Demonstration gegen Heuss

Die Rädelführer verhaftet — Hochschule für Politik eröffnet

Berlin (UP). Zu einer kommunistischen Demonstration gegen den Generalvertrag und den Bundespräsidenten, bei der über 200 Agitatoren verhaftet wurden, kam es am Freitag bei der Eröffnung des neuen Gebäudes der Westberliner Hochschule für Politik durch Prof. Heuss. Die Demonstranten hatten sich unter die Menschenmenge gemischt, die sich zur Begrüßung des Bundespräsidenten vor dem Hochschulgebäude angesammelt hatte. Bei der Ankunft des Bundespräsidenten brachen die meist jugendlichen Kommunisten, unter denen sich zahlreiche Mädchen befanden, in Rufe wie „Nieder mit dem Generalkriegsvertrag!“ aus. Einsatzkommandos der Polizei gelang es binnen kurzem, die Störenfriede festzunehmen. Heuss konnte nach Abschluß der Festveranstaltung unter lebhaften Winken der Bevölkerung ohne Zwischenfälle das Gebäude verlassen.

Die Arbeit der Hochschule für Politik leitete der Bundespräsident mit einem Vortrag „Formkräfte einer politischen Stilbildung“ ein. Seinen Ausführungen gingen Begrüßungsworte des Geheimraters Professor Alfred Weber, des Regierenden Bürgermeisters Reuter und des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr, voraus. Mit der Veranstaltung in der Hochschule wurde gleichzeitig die Tagung der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ eröffnet.

Kommunisten lehnten wiederum ab

Schwerer Rückschlag in Pan Mun Jon — General Clark schaltet sich ein

Seoul (UP). Die kommunistische Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon hat die Vorschläge der UN für eine „allgemeine Lösung“ der umstrittenen Fragen abgelehnt.

Die Vollziehung der Waffenstillstandskonferenz dauerte eine Stunde und 18 Minuten. Der nordkoreanische General Nam II gab die Ablehnung der Vorschläge durch die Kommunisten bekannt, womit die Hoffnungen auf den beschleunigten Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea zunächst zusammengebrochen sind. Der Sprecher der UN, General Nuckols, lehnte es ab zu sagen, mit welcher Begründung die Kommunisten die Vorschläge abgelehnt haben. Am Samstag findet nochmals eine Zusammenkunft der Vollversammlung statt.

General Mark Clark, der neugernannte Oberbefehlshaber der Alliierten im Fernen Osten, versicherte, daß er nichts unversucht lassen werde, um in Korea einen ehrenvollen Waffenstillstand herbeizuführen. Nach einer Unterredung mit Präsident Truman kündigte er an, daß er sich in Kürze nach Tokio begeben werde.

Die Zwischenfälle in Tokio

Das japanische Kabinett trat zu einer Sondersitzung zusammen, in der die blutigen Unruhen besprochen wurden, die sich am 1. Mai in Tokio ereigneten. General Ridgway bezeichnete diese Zwischenfälle, bei denen nach den bisherigen Ermittlungen wenigstens eine Person getötet und 1362 verletzt wurden, als „bedauerliches Ereignis“. Aber die Art und Weise, wie die Regierung mit den irreführenden Massen fertig geworden sei, habe sein Vertrauen zur neuen Ordnung in Japan bestärkt.

178 kommunistische Rädelführer, die am Donnerstag die demonstrierenden Arbeiter aufgefordert hatten, Ausländer zu verprügeln und ihre Wagen anzuzünden, wurden von der japanischen Polizei verhaftet. Nach Mitteilung der Regierung umfaßt die kommunistische Partei Japans nur etwa 53 000 eingeschriebene Mitglieder, wobei man jedoch 100 000 bis 200 000 Militärlieferer hinzurechnen müsse.

Weitere Verhandlungen in Kairo

Wieder blutige Zwischenfälle in Nordafrika
London (UP). Der britische Botschafter Sir Ralph Stevenson, der an den Verhand-

lungen Edens mit dem ägyptischen Sonderbotschafter Amr Pascha teilgenommen hatte, ist nach Kairo zurückgefliegen, um die britischen Vorschläge dort zu unterbreiten. Somit sollen die Londoner Vorverhandlungen fortgesetzt und die eigentlichen Verhandlungen begonnen werden, wenn es gelingt, sich mit Ägypten über die Zukunft des Sudan grundsätzlich zu einigen. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß Großbritannien den Titel König Faruks als König von Ägypten und des Sudan anerkennt und Ägypten dem Sudan das Selbstbestimmungsrecht zubilligt. Fest steht jedenfalls, daß es bei den Londoner Vorverhandlungen zu keiner vollen Einigung gekommen ist und daß der Ausgang der weiteren Verhandlungen noch völlig ungewiß ist.

In Französisch-Nordafrika kam es wieder zu mehreren blutigen Zusammenstößen, bei denen ein Araber getötet und mehrere Personen schwer verletzt wurden. Im algerischen Hafen Oran wurden zwei nationalistische Demonstrationen von der Polizei aufgelöst. Als die Demonstranten sich zur Wehr setzten, machten die Beamten von ihren Schußwaffen Gebrauch. Auch in Tunis entwickelte sich ein Handgemenge zwischen Polizisten und etwa 50 Demonstranten, die vor der Amtswohnung des Ministerpräsidenten Baccouche im Sprecher nationalistische Schlagworte riefen. Einer der Demonstranten wurde getötet.

Delegierte asiatischer, afrikanischer und latein-amerikanischer Staaten traten erneut zu einer informellen Beratung zusammen, um die Frage zu klären, ob eine Sondertagung der Vollversammlung der UN wegen Tunesien einberufen werden soll. Eine Entscheidung wurde nicht gefällt. Die Delegierten der latein-amerikanischen Staaten sollen sich aber bereit erklärt haben, die Frage ihren Regierungen zu unterbreiten. Da die Antworten demnächst erwartet werden, rechnet man in unternichteten Kreisen bald mit einer neuen Beratung der 30 Delegierten, die die Hälfte aller Mitgliedstaaten der UN repräsentieren.

Die spanische Regierung hat den Landwirtschaftsplan für die Förderung der Landwirtschaft, der öffentlichen Versorgungsbetriebe und des Straßenbaus in Spanisch-Marokko bekanntgegeben. Dieser Plan sieht einen Kostenaufwand von insgesamt 260 Millionen Peseten (rund 27,3 Millionen DM) vor. Der spanische Außenminister Martin Ariza ist von seiner Reise in den Nahen Osten nach Madrid zurückgekehrt.

dabei Gelegenheit ergab, mit dem aussensurdeisten Bewerber um die Nachfolge des Präsidenten Truman auch einen Teil jener politischen und militärischen Probleme zu erörtern, von deren Lösung das künftige Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westmächten abhängen wird.

Auerbach erhält Ordnungsstrafe

Wegen „ungebührlichen“ Benehmens — Beziehungen zu den Kommunisten?

München (UP). Die Große Strafkammer des Landgerichts München verhängte über Auerbach eine Ordnungsstrafe von zwei Tagen Haft, da sich dieser trotz wiederholter Verwarnungen vor Gericht „ungebührlich“ benahm. Auerbach hatte bei der Verlesung eines Beweisstückes ausgerufen: „Das Schriftstück stammt aus der Zeit des Aufbruches des bayerischen Justizministers Dr. Müller; Denunzianten aller Länder vereinigt euch!“ In dem genannten Schriftstück wurde Auerbach beschuldigt, während des spanischen Bürgerkrieges Metall aus Deutschland nach Belgien eingeführt und später statt nach dem Bestimmungsland Mexiko nach dem republikanischen Spanien weitergeleitet zu haben.

Als weitere Zeugen wurden der bayerische Innenminister Dr. Höpner und der erste baye-

rische Nachkriegs-Innenminister Josef Seifried, zu dem Punkt der Anklage vernommen, der Auerbach Anstellungsbetrug vorwirft. Beide Zeugen erklärten, sie hätten gegen die Übernahme des Angeklagten in den bayerischen Staatsdienst keine nennenswerten Bedenken gehabt, zumal er von angesehenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens empfohlen worden sei und gute Beziehungen zu General Clay gehabt habe. Ein weiterer Zeuge behauptete, Auerbach habe Beziehungen zu den Kommunisten unterhalten. Eine Anstellung im höheren bayerischen Staatsdienst sei seinerzeit de facto von der Befürwortung der Landesleitung der KPD abhängig gewesen. Ein von der US-Militärregierung verwendeter Kommunist soll die Bewerbungspapiere jeweils zur Prüfung an die Landesleitung weitergegeben haben.

Die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ meint zum Verfahren gegen Philipp Auerbach, es gäbe heute fast niemanden mehr, der nicht den Eindruck habe, daß dieser Prozeß mit einer ungewöhnlichen Vorgehensweise gegen den Angeklagten geführt werde. Leider sehe es so aus, als ob der Prozeß auf dem besten Wege sei, sich zu einer „Affäre Dreyfus des Vierten Reiches“ auszuwachsen. „Ist niemand da“, so fragt das Blatt, „der verhindert, daß im Fall Auerbach aus der Rechtspflege ein politischer Schauprozeß wird?“

Noack war bezahlter Agent

Im Dienst des SD und Norwegens — Sensationelle Enthüllungen

Würzburg (UP). Der Osloer Rechtsanwalt Sverre Hartmann beschuldigte im Beweisausschuss Dr. Peckels gegen Prof. Noack dem Beklagten, doppelte Spionage getrieben zu haben. Einerseits habe er für das deutsche Auswärtige Amt, andererseits für die norwegischen Behörden gearbeitet. Noack sei „nie und nimmer königstreuer Norwegenerfreund“ gewesen, sondern habe „norwegische Mitterpolitik“ getrieben.

Der Zeuge legte dem Gericht eine große Zahl von Dokumenten und Photokopien zur Erhärtung seiner Aussagen vor. Aus ihnen ging unter anderem hervor, daß Noack im Jahre 1939 vom damaligen norwegischen Außenminister Koht als „Konter-Spion“ verwendet und bezahlt wurde. Ein Geheimbericht des Auswärtigen Amtes vom 1. September 1939 besagte, Noack werde nicht als Angestellter der deutschen Gesandtschaft in Oslo geführt, um ihm größere Bewegungsfreiheit zu gewähren. Über Noacks Verpflichtung zu enger Fühlungnahme mit der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes sei ein Vertrag abgeschlossen worden, und Noack habe nach seiner ersten Abberufung 1940 das Auswärtige Amt um Aufenthaltsverlängerung gebeten, indem er schrieb: „Ich stehe in Zusammenarbeit besonders mit den Herren des SD und der Propagandaabteilung. Ich habe dabei stets im Auftrag und mit der Zustimmung der betreffenden Stellen gehandelt.“

Zu Noacks Rolle im Falle Quisling sagte Hartmann, Noack habe es verstanden, die Abneigung des norwegischen Volkes gegen Quisling geschickt für die Politik Hitlers und zum Schaden Norwegens auszunutzen. Quisling habe Deutschland zum Kriege gegen Rußland bewegen, um zu verhindern, daß England Stützpunkte in Norwegen errichte. Diese Stützpunkte hätten dann Deutschland aus militärischen Gründen verlassen können, gemeinsam mit Rußland die skandinavische Halbinsel zu besetzen und untereinander aufzutellen. Aus einem Informationsbericht Noacks an den damaligen deutschen Gesandten in Oslo, Curt Brüner, gehe hervor, daß Noack sich bemüht habe, Quisling „unter allen Umständen“ mit Hitler zusammenzubringen.

Frankfurter Rechtsanwalt verhaftet

Frankfurt (UP). Unter dem dringenden Tatverdacht der Begünstigung in der Millionenbetrugsaffäre zu Lasten des deutschen Staates wurde der Frankfurter Rechtsanwalt Ernst Karl Lengsfeld verhaftet. Damit ist der dritte Frankfurter Jurist in dieser Angelegenheit, die der Bundesrepublik einen Schaden von über 11 Millionen DM verursacht haben soll, in Haft genommen worden. Lengsfeld war ursprünglich Verteidiger des Wirtschaftsjuristen Dr. Hoffmann-Günther, der als die am stärksten belastete Persönlichkeit in dieser Affäre gilt. Sein Verteidiger ist jetzt Rechtsanwalt Kilbansky.

Ein „Comet“ rast nach Südafrika

Rom (UP). Das Düsenflugzeug vom Typ De Havilland „Comet“, das als erste Maschine dieser Art am Freitag nachmittags zu einem planmäßigen Passagierflug von London nach Johannesburg in Südafrika startete, soll für den Flug über 11 200 km 18 Stunden und 40 Minuten brauchen. Nach einer Zwischenlandung in Rom flog die Maschine über Beirut, Khartum, Entebbe und Livingstone weiter. Sie hat 36 Passagiere an Bord. Der Flugpreis von London nach Johannesburg und zurück ist der gleiche wie bei normalen Flugzeugen. Er beträgt 315 Pfund Sterling (3710 DM). Der Einfachflug kostet 175 Pfund (2061 DM). Das Flugzeug, das sechs Mann Besatzung hat, soll eine Geschwindigkeit von fast 800 km in der Stunde erreichen können.

Schwierige Bergung im Urwald

Belém / Brasilien (UP). Zur Zeit wird eine Oberland-Expedition ausgerüstet, die sich durch den Dschungel an das Wrack des Stratosphärischen Pan American Airways heranzuarbeiten soll, der mit 50 Personen an Bord im nordbrasilianischen Urwald abstürzte. Die Expedition kann jedoch erst in zwei oder drei Tagen aufbrechen. Ein Bergungsflugzeug der amerikanischen Luftstreitkräfte, das Ärzte, Arzneien und Lebensmittel zum Wrack des Stratosphärischen bringen sollte, mußte wegen schlechten Wetters umkehren.

John Foster Dulles traf zu den Besprechungen mit General Eisenhower in Paris ein. Falls der General Präsident der USA würde, rechnet man mit der Ernennung von Dulles zum Außenminister.

Aus der Stadt Ettlingen

Schönes Deutschland

Wer in früheren Jahren in Deutschland mit D- und Ellzügen reiste, sah nicht nur durchs Abteufenster die deutsche Landschaft mit ihren Bergen, Tälern, Seen, Schlössern und alten Burgen. Auch im Zugabteil fiel sein Blick auf Fotos, die ihm die mannigfachen Schönheiten unseres Vaterlandes darboten.

Nunmehr hat die Deutsche Bundesbahn diese Landschaftsbild-Werbung in den Zügen wieder aufgenommen. Zunächst wurden 40.000 Fotos beschafft, die als Bildschmuck in die schnellfahrenden, besonders von Ausländern benutzten Reisezüge eingebaut werden. Die Bilder zeigen in neuen Aufnahmen besonders schöne und typische Orte und Kunstwerke in Nord-, West- und Süddeutschland. Darzwischen sind auch Motive der ost- und mittel-deutschen Landschaft eingestreut — für viele ein Stück Erinnerung, für alle ein Zeichen der Hoffnung, daß die Zeit eines ungehinderten Reisewegs in dies- Gebiete voll landschaftlicher Schönheit und historischer Stätten nicht mehr fern sein möge.

Mit diesen reizvollen und in warmen Tönen gehaltenen Fotos wirbt die Deutsche Bundesbahn nicht für ihren Reiseverkehr, sondern auch für den gesamten deutschen Fremdenverkehr, der im vergangenen Jahr allein 275 Millionen D-Mark an Devisen einbrachte. Darüber hinaus gibt dieser Bildschmuck dem Abteiler der Eisenbahnzüge eine gewisse häusliche Note, die in dem Reisenden in der Fremde und unter Fremden in aller Bescheidenheit ein Stück Heimat oder eine liebe, alte Erinnerung wachzurufen vermag.

Der unbefangene Beschauer, der diese Bilder betrachtet, wird in dem Bewußtsein gestärkt: Deutschland ist immer noch und wieder ein schönes, lohnendes Reiseland!

Im volkstümlichen Konzert

des Gesangsvereins „Freundschaft“ am Sonntagabend 20 Uhr in der Stadthalle erwartet die Besucher ein wertvolles Programm. Der Männerchor trägt Volkslieder vor, Opernsänger Willy Oehler (Baß) singt Lieder von Brahms, Schubert u. a., das Hornquartett spielt volkstümliche Weisen. Die Frühlingszeit ist so recht dazu angetan, um mit ganzem Herzen dieser wohlthuenden Musik zu lauschen. Der gesamten Einwohnerschaft sei deshalb der Besuch dieses „Freundschafts-Konzertes, auf das sich die Sänger gründlich vorbereitet haben, sehr empfohlen. Der Eintrittspreis beträgt für alle Plätze 1.— DM.

15 neue Bänke

wurden im Friedhofpark bei der Herz-Jesu-Kirche aufgestellt. Für die Anlagen ist eine Neugestaltung geplant. Die Außenwege wurden etwas verbreitert, während die Innenwege als Rasenfläche eingeebnet werden sollen. Die Stadtgärtnerei hat bereits verschiedene Beete mit Blütensträucher bepflanzt und wird die Anlage in der Mitte mit Sommerfarn versehen. An die Bevölkerung wird die dringende Bitte gerichtet, in allen öffentlichen Anlagen die Pflanzen zu schützen und keine Blumen abzubreien, wie dies leider auch bei den Anlagen hinter der Herz-Jesu-Kirche in den letzten Tagen geschehen ist.

Zusammenstoß

Beim Einbiegen von der verlängerten Zehntwiesenstraße in die Bahnhofstraße stieß am Freitagmorgen ein Leichtmotorrad mit einem Pkw zusammen, der gerade einen Handwagen überholen wollte. Der Sachschaden beträgt etwa 130 DM.

Kindererholungsfürsorge

Die im Kindererholungsheim Steinbad untergebrachten Kinder aus dem Landkreis Karlsruhe treten nach sechswöchentlicher Erholungsurlaub am Freitag, 9. Mai, die Rückreise an und treffen mit dem Zug D 159 um 13.10 Uhr in Karlsruhe Hbf ein.

Die Abfahrt der an der nächsten Kurperiode vom 13. Mai bis 20. Juni teilnehmenden Kinder erfolgt am Dienstag, 13. Mai, mit dem D-456 um 12.45 Uhr ab Karlsruhe Hbf.

Standesregister Ettlingen

Geburten vom 16. bis 30. April

- 12. 4. Robert Friedrich, Vater: Friedr. Adolf Kühner, Baumwart, Albst. 51.
13. 4. Dieter, Vater: Franz Hösl, Hilfsarbeiter, Burbach, Ortstr. 79.
13. 4. Bernhard, Vater: Wendelin Knorr, Bauarbeiter, Ettlingenweiler, Hauptstr. 12.
17. 4. Gudrun Sofie, Vater: Alfred Dotzauer, Amtsvolkz., Kbe-Rüppurr, Pfaffenstr.
19. 4. Thomas Michael, Vater: Joh. Heinrich, Praktikant, Pforzheimer Str. 88a.
22. 4. Wilma Alma, Vater: Arvids Kaposta, Koch, Kaserne.
26. 4. Rudolf Otto Herm, Vater: Rud. Friedr. Kirchgässer, Dreher, Erlenweg 6.
25. 4. Doris Gertrud, Vater: Helmut Willi Schuchardt, Werkmeister, Bahnhofstr.
26. 4. Iris Theresia, Vater: Karl Friedr. Burkhardt, Kraftf., Rotensol, Hardtweg.

Sterbefälle vom 16. bis 30. April

- 18. 5. 1944 (Kriegsterbefall) Helmut Großmann, Arbeitsmann, Seminarstr. 10.
19. 4. Ferdinand Schneider, Rentner, Schluttenbach.
21. 4. Josef Glasstetter, Rentner, Schloßgartenstraße 26.
21. 4. Franz Kuhn, Rentn., Badenerortstr. 14a.
22. 4. Luise Jacob, geb. Knodel, Hausfrau, Schöllbronner Str. 3.
25. 4. Frieda Johanna Lehr, geb. Kölper, Hausfrau, Zehntwiesenstr. 1.
28. 4. Hedwig Oederthal, geb. Becher, Hausfrau, Leopoldstr. 4.

Beilagen-Hinweis. Einen Teil unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt „An alle Schachspieler Ettlinsens und des Albgaues“ bei, welchen wir den Schachspielern zur gef. Beachtung empfehlen.

Fabrikneubau am Bergwald



In diesem Gebäude auf der Gemarkung Burbach hat die Wäschefabrik Kottling soeben eine Lehrwerkstatt für 30 Maschinennäherinnen eröffnet. Rechts der Altbau, in dem 1948 der Betrieb eröffnet wurde. Links der Neubau, der für etwa 80 Beschäftigte Raum bietet. Im unteren Geschoß die Lehrwerkstatt, im Obergeschoß der große Werkssaal, in den von zwei Seiten durch je 20 Fenster das Tageslicht eindringt. Diese ideale

Arbeitsstätte auf einer Bergeshöhe des Albgaues entstand durch die Unternehmerinitiative von Fabrikant Kottling, durch die Förderung seitens der Gemeindeverwaltung Burbach, des Arbeitsamts und anderer Behörden sowie durch Treue und Fleiß der Kottling-Belegschaft. Die Produktion umfaßt Herrenhemden, Blusen und Schlafanzüge (siehe EZ-Bericht vom 2. Mai).

Leica-Foto: K. Fr. Schade

Neue Werbemaßnahmen für das Albtal

Die Albtalverkehrsgemeinschaft hielt gestern eine Besprechung im Hotel Kull in Herrenalb ab, in der neue Werbemaßnahmen besprochen wurden. Bürgermeister Rimmelpacher, der Vorsitzende der Albtalverkehrsgemeinschaft, schlug vor, einen achteiligen Prospekt herauszugeben, der bereits in den nächsten zwölf Wochen erscheinen soll und die markantesten Punkte des Albtals in etwa 10 Bildern zeigen soll. Dem Prospekt soll ein Unterkunftsverzeichnis beiliegen. Die Versammlung setzte eine Umlage fest, durch die

sämtliche Albtalgemeinden an der Finanzierung des Projektes beteiligt sind.

Weiter sollen in nächster Zeit Lichtbildervorträge, insbesondere in Nordbaden, für den Fremdenverkehr ins Albtal werben. Am 20. Mai veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft eine Pressefahrt ins Albtal, um vor allen Dingen den nordbadischen Zeitungen Gelegenheit zu geben, den Lesern Eindrücke von der herrlichen Natur dieses Erholungsgebietes zu vermitteln.

Ein Licht kommt nach Ettlingen

Montagnachmittag Stafette, abends Lichtfeier

Wie in den letzten zwei Jahren wurde auch in diesem Jahr im Dom zu Altenberg ein Licht entzündet, das nun im Maimonat, getragen von Mitgliedern der kath. Mannesjugend, von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf getragen wird, um Zeugnis zu geben von Christus, dem Licht der Welt. Zugleich ist dieses Licht ein Gruß der Jugend an Maria, die Königin des Friedens und damit zugleich wahres und echtes Friedensbekenntnis. Die Lichtstafette wird am Montagmorgen gegen 15 Uhr von Durlach kommend in Ettlingen eintreffen und zwar: Durlacher Straße, kurzer Aufenthalt in der Alexiuskapelle, Kronenstraße, St. Martinskirche. Von dort aus wird das Licht über Ettlingenweiler, Sulzbach, Malsch ins Murgtal weiterwandern.

Für die gesamte Jugend der Stadt Ettlingen findet am Montagabend 20.30 Uhr an der Lourdes-Grotte hinter der Herz-Jesu-Kirche eine Lichtfeier statt.

Die E3 gratuliert

Am Montag, 5. Mai, vollendet unser Mitbürger Rudolf Baureithel sein 60. Lebensjahr. Als langjähriger Vorstand des Rebvereins ist er zum treusorgenden Vater des Ettlinger Rebbergs geworden und unermüdlich für die Belange des heimischen Weinbaus und Obstbaus tätig. In der Stadtgärtnerei wirkt Herr Baureithel bei der Pflege der städtischen Anlagen mit. Wir wünschen ihm noch viele Jahre gesunden und frohen Schaffens.

Am 5. Mai vollendet Frau Maria Magdalena Gräfin v. Sparre-Kromberg, Pforzheimer Str. 86a, ihr 81. Lebensjahr; ihren 80. Geburtstag beging sie im vorigen Jahr im Diakonissen-Krankenhaus, wo sie sich einer Gallenoperation unterziehen mußte.

Capitol Das dunkelrote Siegel

Dieser, nach dem Roman „Die scharlachrote Blume“ von Baroness Orczy gedrehten Farbfilm der englischen Regisseure Powell und Prebinger zeigt das Capitol bis einschließlich Montag. Die fast ungläublichen Abenteuer eines Mannes, der nicht zu fassen war, den niemand kannte und den doch alle zu spüren bekamen, läßt dieser Film in herrlichen Farben an uns vorüberziehen.

„Das Geheimnis der toten Stadt“

Dieser Cowboy-Film mit den „Drei Muskettieren der Prärie“ läuft im Capitol am Samstag 22, Sonntag 15 und am Dienstag 20 Uhr.

Ull „Weiße Schatten“

Unter der Regie Helmut Käntners entstand ein eindrucksvoller Film aus der Bergwelt des „Wilden Kaisers“. Der Gedanke, dem die Handlung entspringt, beschäftigt sich mit der Frage, ob der Mensch auch ohne eigener Verschulden schuldig werden könne. Oft sind es tragische Ereignisse, die einem solchen Vorfall vorangehen und so ist es auch in diesem Film, der in eindringlicher Sprache ein richtiges Menschenschicksal abrollen läßt. In den Hauptrollen dieses Films, der bis Montag in den Union-Lichtspielen läuft, spielen Hilde Krahl, Hans Söhnker, Claude Farell und der Schäferhund Greif.

„Abenteuer im Wilden Westen“ zeigen die Union-Lichtspiele bis Dienstag.

Feiern-Nachrichten

Der Musikverein Ettlingen unternimmt am Sonntag, 11. Mai, einen Frühausflug. Der Marschweg geht über Ettlingenweiler nach Schluttenbach, woselbst im Gasthaus zum „Hirsch“ ein Frühschoppen stattfindet. Von dort geht es über Schöllbrunn nach Spessart. Hierzu laden wir die Freunde und Interessenten herzlich ein. Für Gehbehinderte Treffpunkt in Spessart im Gasthaus zum „Adler“. Abmarsch von Ettlingen morgens 7 Uhr.

Boxsport-Verein Ettlingen. Alle Mitglieder und Freunde, die bei den Landesmeisterschaften mitarbeiten, treffen sich am morgigen Sonntag, 4. Mai, morgens 10 Uhr im Vereinslokal zum „Wilden Mann“ zu einer wichtigen Besprechung.

Haus- u. Grundbesitzerverein. Sprechstunde Dienstag, 6. Mai, 20 Uhr im Nebenzimmer der „Post“.

Die Kolpingsfamilie

hält ihren Mitgliederausflug am 11. Juni ab. An Christi Himmelfahrt findet die Monatsversammlung statt, in der ein Referat über Amerika gehalten wird. Am 7. Mai 20 Uhr beginnt im „Hirsch“ ein Tanzkurs. Anmeldungen können im „Hirsch“ abgegeben werden.

Der Vereinsausflug der „Eintracht“

führt am Pfingstsonntag über die Schwarzwaldhochstraße nach Erzgrube. Die Fahrtroute führt weiter durch das Kinzigtal nach Gengenbach. In Durbach wird nochmals Rast gehalten. Eine Abteilung des Musikvereins begleitet die Reisegesellschaft und spielt zur Unterhaltung. Da die bisher vorgesehenen Omnibusse bereits vollkommen ausverkauft waren, hat die Vereinsleitung noch einen weiteren Omnibus für diese Fahrt erhalten, für den noch Plätze frei sind. Anmeldungen im Gasthaus zur „Krone“. Der Fahrpreis beträgt 7,60 DM.

Der Luftsportverein Albau

veranstaltet am Sonntag, 4. Mai, morgens 10 Uhr in Busenbach eine Mitgliederversammlung und Werbeversammlung für sämtliche Segelflieger des Albgaues. Versammlungsraum Gasthaus zum „Adler“ in Busenbach. Nachdem in Busenbach mit dem Bau eines Schulgleiters vom Typ SG 38 begonnen wurde, hat auch in B. das Interesse am Segelfliegen erheblichen Auftrieb erhalten. Der Luftsportverein plant diese Maschine ebenfalls noch in diesem Jahr fertigzustellen.

Nachdem nun der Verein in Ettlingen von der Maschinenfabrik Lorenz AG die große Werkstatt erhalten hat, wird aus diesem Anlaß die nächste Mitgliederversammlung am 9. Mai 20 Uhr in der neuen Werkstatt, die sich ebenfalls in der ehem. Feilerfabrik Kühn, Bulacher Straße, befindet, abgehalten.

Bei dieser Gelegenheit haben alle Interessenten, Gönner und Freunde des Segelflugsportes die Möglichkeit, sich von der fortschreitenden Arbeit zu überzeugen. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Zur Landesmeisterschaft im Boxen

Die Besten des Bad. Amateur-Boxverbandes, die am 10. und 11. Mai 19 Uhr bzw. sonntags 15 Uhr um einen Titel in den Ring gehen, seien den Interessenten hier namentlich bekanntgegeben. Im Fliegen: Basel, Fritsch und Dengler. Im Bantam: Allinger und die ewigen Widersacher Ruf (BSV Ettlingen) — Schreckenberger (Mannheim). Im Feder: Lommel, Cucato und die jahrelangen Rivalen Roth—Genter. Das Leicht steht den Weinheimer Sachse — Blum (Knielingen). Müller, Aldenhofen und der Karlsruher Polizeimeister Feuchter vertreten das H.-Welter. Im Welter stehen Müller, Schell und der Pforzheimer Dietsch. Graf (Durlach), Stampf und Hauser sind die Leute im H.-Mittel. Das Mittel besetzt Weimann, Kohl und Schmidt (Pforzheimer). Frenzel, Rink (Knielingen), Brotkorb und Pfirrmann sind im Halbschwer im Ring. Der große Scheuermann (Mannheim) und Pfadl (Ettlingen) stehen sich im Schwergewicht gegenüber. Bei dieser Klasse von Kämpfern irgendeinen Tip zu geben, ist völlig unmöglich. Nur soviel ist zu sagen: es sind wirklich die Besten, die in Ettlingen ihr großes Können zeigen, denn der Bad. Amateur-Boxverband kann immerhin drei Leute dauernd für die Länderstaffel stellen, die sich am 10./11. Mai dem Ettlinger Publikum vorstellen. Wenn aber doch kurz diese drei Leute hier besonders beleuchtet werden, so nur deshalb, daß sie über deren Sonderklasse, die gegen den Iran zum 13:7-Sieg verhalf, unterrichtet sind.

Eines der größten Fachblätter schreibt: Edgar Basch zur großen Klasse ausgereift. Basel eine große Nummer für Helsinki, der dem starken Finnen Haumalinen, dem besten Fliegengewichtler Europas, jederzeit die Waage hält. Eine andere Fachzeitung berichtet: Basel (Weinheim) ein Paradestück der deutschen Nationalmannschaft. Die gleiche Sportzeitung schreibt über Roth (Heidelberg): Die gut aufgelegte Kampfmaschine Roth ging so los, daß man nur befürchtete, sie könnte sich „übertouren“. Das Überraschungsmoment seiner Kampfweise nutzte der Deutsche gründlich aus. Ein Fachmann schreibt in einer anderen Zeitung: Roth steht zu Recht im Leichtgewicht in der Länderstaffel und wird auch in Helsinki nicht enttäuschen. Wären nur alle seiner Klasse so schnell und variabel. Seine Technik ist voll ausgefeilt. Und was wissen erst die maßgeblichen Fachblätter über den Klubkameraden Basel zu berichten? Der Beste der Deutschen ist immer noch der Halbschwermeister Helmut Pfirrmann aus Weinheim, es dürfte in ganz Europa z. Z. kein Halbschwergewichtler geben, der ihn schlägt. Pfirrmann ist Weltklasse, seine Kämpfe sind

eine Delikatesse, eiskalt, mit dem besten boxerischen Fundament. Trotz dieser Sonderstellung der drei Genannten kann es wie bei der Württ. Landesmeisterschaft in Stuttgart im Zirkus Althoff Überraschungen geben, denn unaufhaltsam drängt der Nachwuchs vor, der imstande sein kann, den oder jenen Meister von 1951 um seinen Titel zu bringen. In einem weiteren Bericht behandeln wir die weiteren Teilnehmer und deren Können, die jederzeit in der Lage sind, bei den 14 Tage später in Weinheim stattfindenden „Süddeutschen“ für weitere Überraschungen zu sorgen, denn außer den drei Genannten waren weitere Teilnehmer vom 10. und 11. Mai auf der „Deutschen“ 1951 in Hamburg. M.

Ein sportliches Ereignis für Ettlingen

Turn-Städtewettkampf Ettlingen — Weikersheim am Samstag in der Stadthalle

Der Turn- und Sportverein Ettlingen serviert seinen Freunden und Anhängern heute Samstag, 3. Mai, wieder eine besondere turnerische Delikatesse in Form des seit langem geplanten Städtewettkampfs gegen Weikersheim, der insofern besonders spannend werden dürfte, als das erste Treffen der beiden Gegner in Weikersheim vor einem halben Jahr praktisch unentschieden ausging, da nur einige Zehntelpunkte Vorsprung für Ettlingen sich ergaben.

Der Städtewettkampf findet am Samstag, 3. Mai, 20 Uhr, in der Stadthalle statt. Er wird in vier Disziplinen ausgetragen: Barren, Pferd, Bodenturnen und Reck. Die Ettlinger Turner wissen, um was es in diesem ersten großen Wettkampf vor einzelweisem Publikum geht, und sie werden alles daransetzen, diesen für sich zu entscheiden. Daher läuft eine zielbewusste Trainingsarbeit seit längerer Zeit.

Die Weikersheimer Turner werden im Laufe des Samstagmorgens in Ettlingen eintreffen und durch die hiesigen Gastgeber auf dem Marktplatz abgeholt werden. Nach dem Wettkampf findet im Saal des „Darmstädter Hofes“ ein Begrüßungsabend statt, der den Gästen ein echtes Stück unserer Ettlinger Geselligkeit zeigen soll. Auch dazu sind die Freunde des Vereins eingeladen.

Bruchhausen. Der Fußballverein trug am 1. Mai sein letztes Verbandsspiel aus gegen die schnellen, aber auch harten Bulacher, das 3:4 endete. Eine neutrale Schiedsrichterleistung hätte mindestens eine Punkteteilung gebracht. II. Mannschaften 7:6 Tore.

Aus der christlichen Welt

Die umstrittene Reform des Eherechts Soll sich die Frau dem Mann unterordnen? — Stellungnahme der Evangelischen Kirche

Zur Frage der Ehe- und Familienrechtsreform hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland auf Grund eines Referates von Professor Schumann (Hemer) ein einstimmig gebilligtes Schreiben an Bundesjustizminister Dehler gerichtet, das ausführlich die durch Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes — „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ — notwendig werdende Reform behandelt.

Nach Auffassung des Rates der EKD kann der Begriff der Gleichberechtigung nur im Rahmen eines vorgegebenen Verständnisses von Ehe und Familie ausgelegt und angewandt werden. Die evangelische Kirche habe zwar keinen Grund, sich für die unveränderte Aufrechterhaltung der allgemeinen Entscheidungsgewalt des Mannes einzusetzen, der Rat der EKD widerrät aber nachdrücklich einer völligen Beseitigung der Letztentscheidung des Familienvaters in Bezug auf die Erziehung der Kinder und macht darauf aufmerksam, daß mit der völligen Streichung der Entscheidungsgewalt des Mannes in der Ehe eine Rechtsform geschaffen würde, die mit dem neuteamentlichen Gebot der Unterordnung der Frau unter den Mann in Spannung stünde. Der Rat warnt entschieden vor einer Lösung dieses Problems, wie sie in der Denkschrift des Bundesjustizministeriums zur Revision des Ehe- und Familienrechtes vorgeschlagen wird und wonach im Konfliktfall eine außerfamiliäre Entscheidungsinstanz eingeschaltet werden soll. Der Mann müsse zwar künftig stärker als im geltenden Recht durch Gesetz gehalten sein, den ernsthaften Versuch zu einer gemeinsamen Entscheidung zu machen, aber die Letztentscheidung müsse im Konfliktfall beim Manne verbleiben.

Der Rat der EKD bringt in seiner Stellungnahme ferner zum Ausdruck, die Frage des Namens der Ehegatten wie der Familie sei im Gegensatz zu der Auffassung des Bundesjustizministeriums für das Wesen der Ehe konstitutiv bedeutsam. Der Familienname sollte grundsätzlich der Vatername sein, da jede andere Regelung mehr oder weniger direkt zur Anonymisierung der Familie führe. In Bezug auf das eheliche Güterrecht spricht der Rat der EKD die Auffassung aus, daß es gegenüber dem geltenden Recht einer starken Umarbeitung im Sinne der Erweiterung der Rechte der Frau bedürfe. In diesem Bereich stimmt der Rat der EKD den in der Denkschrift des Bundesjustizministeriums gemachten Vorschlägen nach Anpassung des Rechtes an die veränderten ökonomischen und soziologischen Verhältnisse weitlich zu.

Abschließend macht der Rat der EKD dem Bundesjustizminister den Vorschlag, nach Fertigstellung des derzeit in Arbeit befindlichen Gesetzentwurfs und vor dessen Weiterreichung an das Kabinett Vertretern beider Kirchen Gelegenheit zu einer Aussprache über den Gesetzentwurf zu geben.

250 Fragen an die Laien

Die geistige Vorbereitung zum diesjährigen Evangelischen Kirchentag hat begonnen. Unter dem Titel „Wählt das Leben“ erschien dieser Tage das Vorbereitungshäft zum 4. Deutschen Evangelischen Kirchentag (27. bis 31. 8. in Stuttgart). Mit seinen 250 Fragen will es wesentlich dazu beitragen, daß die vom Kirchentag in diesem Jahr angeschnittenen Probleme, wie z. B. „Wer ist eigentlich die Kirche?“, „Wie ist Ehe heute möglich?“, „Wem gehört der Betrieb?“ oder „Bleibt die Kirche im Dorf?“ schon heute durchgesprochen werden. Umfang 64 Seiten, Preis DM —40. Zum Kirchentag ist ferner unter dem Titel „Des sollen wir alle froh sein“ ein Heft mit 40 Liedern und Kanons erschienen. Preis —40 DM. Beide Hefte sind zu beziehen über Evangelische Buchhandlungen, Landesauschüsse des Kirchentages und den vorbereitenden Ausschuß 1952, Stuttgart-W, Marienstraße 33—35.

Missionsarbeit in Tsingtau ist beendet

Der deutsche Ostasien-Missionar Pfarrer Dr. Wilhelm Seufert hat Tsingtau, wo er bisher die dortige Missionsstation verwaltet hatte, verlassen und ist mit seiner Frau in Hongkong eingetroffen. Damit hat die gesamte von der Ostasienmission seit fast 70 Jahren in China aufgebaute Missionsarbeit ihr vorläufiges Ende gefunden.

Caritas fordert Spielbanken-Verbot

Der Deutsche Caritasverband hat in einer Denkschrift zur Spielbankfrage Stellung genommen und ein Verbot der Spielbanken gefordert. Die Denkschrift betont, Spielbanken müßten „als eine schwere Schädigung weiser Volkskreise und damit als unerträglich mit dem deutschen Ansehen betrachtet werden“. Die verspielten Gelder würden vielfach von „verantwortungslosen Genüßlingen“ ihren Familien entzogen. Es sei erwiesen, daß durch die Duldung von Spielbanken die Autorität des Staates untergraben und die Kriminalität gefördert werde. Der Staat könne unmöglich seine Zustimmung zu Einrichtungen geben, die ihrem Wesen nach dazu führten, daß laibliche Elemente im Volk einer Gefährdung ausgesetzt würden, die sich nicht nur in ihrem eigenen Leben auswirke, sondern auch in dem ihrer Familien.

Gegen politische Aktion der Kirche Pflensburger Generalsynode der VELKD

Die vierte Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in Pflensburg wurde mit einem Gottesdienst eröffnet, an dem die 54 Synodalen und die Bischöfe aller lutherischen Kirchen Deutschlands teilnahmen. Der leitende Bischof der VELKD, D. Hans Meiser (München), ging in seinem Bericht über die Tätigkeit der Kirchenleitung im abgelaufenen Jahr auf die Frage der politischen Verantwortung der Kirche ein, die in der Berichtswoche einen besonderen Raum eingenommen habe. Die Befürworter einer politischen Propädeutik der Kirche gingen immer mehr den Weg eines extremen Radikalismus. Versuche, auch die Synode der VELKD in den Dienst einer politischen Aktion zu stellen, könnten aber die Einheit der Kirche in weit stärkerem Maße gefährden, als dies jemals durch Besonderheiten der Lutherischen Kirchen der Fall sein könne. Alle Erklärungen der Lutherischen Kirche, Bischöfe und Theologen zur politischen Propädeutik seien in keinem Fall als einseitige Stellungnahme anzusehen.

Bischof Meiser gab einen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung der VELKD. Danach setzt sich die Vereinigte Evangelische Lutherische Kirche in Deutschland, der zehn Gliedkirchen angehören, aus 6009 Gemeinden zusammen und wird von 5940 Pfarrern einschließlich Hilfsgeistlichen, Pfarrvikaren und Vikarinnen seelsorgerisch betreut. Nach den neuesten Angaben der einzelnen Gliedkirchen beläuft sich die Seelenzahl der VELKD auf 17 830 462. Die Evangelische Kirche Württemberg ist der VELKD nicht angeschlossen.

Wo beginnt das politische Ermessen?

Eine Aussprache des Bruderrats

Unter dem Vorsitz von Kirchenpräsident D. Niemöller hielt der Bruderrat der Bekennenden Kirche in Darmstadt eine Tagung ab, an der u. a. der ehemalige Bundesminister Dr. Dr. Heinemann, der hessische Kultminister Metzger und als Gast der französische Pfarrer Trocmé von Internationalen Versöhnungsbund teilnahmen. In dem Hauptvortrag „Was heißt Entpolitisierung der Kirche?“ ging Oberkirchenrat Beckmann (Düsseldorf) von der Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ aus, um dann die Frage zu erörtern, ob es zwei Aufträge Gottes an die Christenheit gebe und die politische Verantwortung sich von dem „eigentlichen“ Auftrag trennen lasse. „Ist der Unterschied zwischen geistlichem und weltlichem Regiment Gottes zu identifizieren mit dem Unterschied von

Kirche und Staat, so daß Gott durch die Pfarrer das geistliche und durch die Politiker das weltliche Regiment ausüben läßt?“ Der Referent kam zu der Forderung, der ordinierte Diener der Kirche dürfe nicht zugleich ein politisches Mandat oder ein obrigkeitliches Amt, wozu auch der Dienst mit der Waffe gehöre, ausüben; ebensowenig solle er Mitglied einer politischen Organisation oder Propagandist politischer Ideologien sein. Dazu gehöre ferner, daß er keine Feldgottesdienste und Fahnenweihen für politische Formationen halte oder uniformierter Wehrmachtspfarrr als Mandatar des obersten Kriegsherrn sei.

In der Aussprache wurde die politische Verantwortung des Christen einmütig bejaht. Verschiedenheiten der persönlichen Stellungnahme ergaben sich jedoch bei der Frage, wie weit diese Verantwortung in den konkreten politischen Fragen betätigt werden müsse

und wo der Ort sei, an dem es sich nicht mehr um eine Glaubensentscheidung, sondern um ein politisches Ermessensurteil handle. Diese Ermessensfrage dürfe man, wie D. Niemöller betonte, nicht leicht abtun, als sei es garrlicht wichtig, wie man sich entscheide. Um der vielen jungen Menschen willen, die durch die Frage des Wehrbeitrages angefochten seien, müsse man auch in dieser Frage zur Klarheit kommen.

Absonderlicher Gottesdienst

Vor 6000 Angehörigen der „Elim Foursquare Evangeliums-Vereinigung“ in der Albert-Halle malte der Evangelist Canteion aus Washington, ein Vetter des Trickfilmzeichners Walt Disney, mit großen Pinseln in 18 Minuten auf eine bereitgestellte Leinwand ein Bild „Die Auferstehung“. Währenddessen blies seine Frau auf der Trompete Choräle. Die Versammlungsteilnehmer dankten Canteion mit lauten Hallelujas.

Wirtschafts-Nachrichten

England will Docks behalten

Die Howaldt-Werft bleibt Bundesbesitz

Die Hamburger Werftanlagen der Howaldt-Werke bleiben nun doch im Bundesbesitz. Sie sollen, wie aus dem Bundesfinanzministerium bekannt wurde, nicht verkauft werden. Nur über die Kieler Anlagen der Howaldt-Werke würden zur Zeit noch Verkaufsverhandlungen geführt. Bei der Überprüfung des ursprünglich für beide Werftanlagen vorgesehenen Verkaufspreises von 39 Millionen DM habe sich herausgestellt, daß dieser Preis viel zu niedrig sei.

Der britische Landeskommissar in Hamburg, Dr. Dunlop, bestritt alle Behauptungen von deutscher Seite, die 1945 beschlagnahmten Schwimmdocks seien deutsches Eigentum. In Übereinstimmung mit den USA werde man die britischen Eigentumsrechte nicht anzweifeln lassen. Die Angelegenheit könne nur durch leidenschaftliche Rückkaufverhandlungen am Konferenztisch aus der Welt geschaffen werden. An dieser englischen Haltung werde sich nichts ändern.

Krise der Zahlungsunion

Belgien droht mit Austritt aus der EZU

Der amerikanische Sonderbeauftragte in Europa, William H. Draper, hat sich nach Brüssel begeben, um dort u. a. die Stellung Belgiens innerhalb der Europäischen Zahlungsunion zu besprechen. Ferner wird wahrscheinlich der belgische Vorschlag zur Diskussion stehen, eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen, die sich mit den starken Schwankungen des europäischen Außenhandels seit Beginn des Korea-Konfliktes beschäftigen soll.

Belgien werde aus der Europäischen Zahlungsunion austreten müssen, wenn der Abrechnungsmechanismus der EZU nicht in absehbarer Zeit einer Revision unterworfen werde, erklärte der belgische Ministerpräsident Jean van Houtte. Belgien könne nicht gleichzeitig hohe Kredite gewähren und seine Verteidigungspläne verwirklichen. Es habe innerhalb der letzten 14 Monate im Rahmen der EZU Kredite in Höhe von 440 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag entspräche 7,5 Prozent des jährlichen belgischen Nationaleinkommens.

Der Mechanismus der EZU zeichne sich gegenwärtig durch zwei größere Schwächen aus, die zuerst beseitigt werden müßten, wenn ein Fortbestand der EZU über den 30. Juni 1953 hinaus werden sollte. Erstens verfüge die EZU nicht über genügend eigenes Kapital und zum andern fehle in den Satzungen eine automatische Kontrolle, die die Rückzahlung der Kredite sichere.

Holzpreise werden freigegeben

Das Bundeskabinett billigte die Freigabe der Holzpreise. Durch eine entsprechende Verordnung sollen das Versteigerungsverbot bei mündlichen Meistangeboten aufgehoben und die Holzhändler von ihrer Zusicherung, nicht über vereinbarte Höchstpreise hinauszugehen, entbunden werden. Das Verbot für schriftliche Meistangebote bleibt bestehen. Nach Mitteilung eines Regierungsprechers hat sich die Lage auf dem Holzmarkt so entwickelt, daß Preisbindungen nicht mehr notwendig seien. Die Holzmarktpreise hätten eine sinkende Tendenz. Der inländische Schnittholzpreis zum Beispiel sei seit Oktober 1951 um fünf Prozent gesunken. Die

Einmischungsgerichte in der Bundesrepublik seien gut. Durch die Liberalisierung der Schnittholz- und Rundholz-Einfuhr könne der Bedarf voll gedeckt werden.

Mehr Milch und mehr Fisch

In der Bundesrepublik wird nur halb so viel Milch getrunken wie in anderen vergleichbaren Ländern, stellt die CDU-CSU-Bundestagsfraktion in einer Anfrage fest, in der die Bundesregierung um Auskunft gebeten wird, welche Maßnahmen sie zur Steigerung der Trinkmilchverbrauchs ergreifen und ob sie für diesen Zweck Haushaltsmittel zur Verfügung stellen will. Außerdem fragte sie bei der Bundesregierung an, was sie tun wolle, um den Fischkonsum in der Bundesrepublik zu heben. Der Verbrauch an Fischen liege trotz der Werbung der Fischwirtschaft erheblich unter dem Konsum vergleichbarer Länder. Eine Steigerung des Fischkonsums sei aber im volkswirtschaftlichen und ernährungspolitischen Interesse der Bundesrepublik notwendig, um die Eiweißlücke zu schließen.

Der deutsch-tschechoslowakische Handel

Die deutsch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen wurden mit der Paraphierung neuer Warenlisten vorläufig abgeschlossen. Sie umfassen auf der deutschen Importseite 30 Millionen Dollar (davon 18 Millionen Dollar für landwirtschaftliche Güter) und auf der deutschen Exportseite 17 Millionen Dollar. Die landwirtschaftlichen Importe aus der CSR enthalten u. a. Zucker, frische Eier, Ölsaaten und Malz. Auf der gewerblichen Importseite sind Kohle, Holz und Edelmetalle zu erwähnen. Die deutsche Ausfuhrseite weist die üblichen Positionen auf. Der Mehrbetrag der tschechoslowakischen Lieferungen in Höhe von 13 Millionen Dollar soll der Abdeckung des tschechoslowakischen Debits dienen, das aus deutschen Verkehrsleistungen entstanden ist.

„Silvaner-Riesling“ statt „Eibling“

Auf einer Weinbeurteilung in Erlangen, die von zahlreichen Winzern aus dem Kletgau und dem Rheintal besucht war, wurde empfohlen, stattdessen von Anbau des „Eibling“ abzugehen. Verschiedene Sachverständige traten dafür ein, daß diese Rebsorte in Zukunft möglichst nur noch den Eigenbedarf der Winzer decken soll. Im Interesse einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Qualitätsverbesserung sei es ratsam, dem „Silvaner-Riesling“ und dem „Burgunder“ größere Beachtung zu schenken. Ferner wurde auf die guten Erfolge hingewiesen, die mit „Buxara“ und anderen neuen Rebsorten erzielt wurden.

Frankreich erhielt 1 Million t Saarkohle

Die Kohlenförderung der Saargruben betrug im ersten Quartal 1952 knapp 4,3 Millionen Tonnen und lag damit geringfügig unter dem Förderergebnis des gleichen Zeitabschnittes 1951. Die Kohlenlieferungen an die Bundesrepublik, die auf Grund des sogenannten Switch-Abkommens zustande kamen, und die sich im Jahresdurchschnitt auf 270 000 Tonnen monatlich belaufen, haben im ersten Vierteljahr das Soll erreicht. Sie betragen in der Berichtszeit 82 000 Tonnen gegenüber 82 000 t im letzten Quartal 1951. An saarländischen Koks gingen 35 000 t gegenüber 37 500 t im letzten Quartal 1951 nach der Bundesrepublik. Nach Frankreich gingen 1 000 000 t Kohle gegenüber 941 000 t im letzten Vierteljahr.

ROLAND BETSCH

NARREN im Schnee

Copyright
by G. Grose-
Verlag
Hamm

16 Eine Lawine von Beifall und Jubel rollt über die Berge hin; es ist wie ein Felssturz, wie Wolkenbruch und Beben der Erde, dieses Beifallstoben einer fanatisch entzündeten Menschenmenge.

Der Linserrich kurbelt. Was kurbelt er denn? Ins Blaue hinein kurbelt er. Ist er denn besessen? Siehst er im Geist noch die Läuferin, die längst verschwunden ist? Er kurbelt die leere Rennstrecke, ha ha ha.

Dorothee rast zwischen den Stämmen hindurch dem Ziel zu. Schon ist sie unten. Schon geht sie wie ein Sturmwind in den Auslauf. Schon ist ihre Zeit abgestoppt.

Unten am Ziel sind verhältnismäßig wenig Zuschauer.

Dorothee wird mit Jubel begrüßt. Man reicht ihr Tee. Sie lehnt ab.

Langsam, schlendernd, baumelnd fast in den Gliedern, schlurft sie aus dem Auslauf hinaus und schaut sich suchend um.

Leicht zu erraten, wen sie sucht: Nolde. Dort steht er. Nummer 19. Ein grimmiger Wolf.

Er hatte bis jetzt die beste Zeit.

Jetzt schon nicht mehr. Dorothees Zeit wird bekannt.

„Guten Morgen, Meister!“ sagt Dorothee und muß lachen.

Nummer 21 schwirrt mit fliegendem Atem in den Auslauf.

„Hast du die Sprache verloren, Nolde?“

Sie kommt an seine Seite und schaut ihn an. Sein Kopf hängt auf der Brust; er hat die Hände in den Taschen; die Stöcke baumeln nach hinten in den Schnee.

Vielleicht war es nicht recht von Dorothee, daß sie dieses Spiel getrieben hat.

Sie steht jetzt da und muß immerfort lachen. Das bringt doch nur eine Frau fertig. Steht da im blauen Dreß, mit den schönen weißen Strümpfen, und lacht! Trägt eine hellblaue Stirnbinde, die Startnummer 20, und lacht. Mit zwei verdächtigen Tonkingstöcken steht sie vor Nolde und weiß nichts Besseres zu tun, als zu lachen.

Das Rennen kümmert sie gar nicht mehr; nein, das Rennen ist ihr furchtbar gleichgültig. War ein Rennen? Richtig, beinahe vergessen.

Sie muß lachen, dieses Höllengewächs, dieser Teufelsbraten, diese Ausgeburt der Hexenküche.

Jetzt stößt sie Nolde vor die Brust, fällt sein Kinn und will ihm den Kopf hochdrücken.

„Nolde!“

Er gibt keine Antwort, er ist wie von Sinnen. Sein inneres Räderwerk ist in Unordnung.

„Nolde!“ Sie drückt den Kopf hoch; zwei wilde Augen schauen sie an.

Er schlägt mit der Hand nach ihrem Arm. Der Kopf sinkt wieder auf die Brust.

„Du mußt doch wenigstens zugeben, daß ich etwas bei dir gelernt habe.“

Nolde wendet sich und geht. Kein Wort spricht er. Langsam, ein müder Wolf, steigt er bergan.

Er kommt in den Wald. Er schaut sich nicht mehr um.

Es ist warm hier. Schnee fällt von den Bäumen auf ihn nieder. In unmittelbarer Nähe kommen Rennläufer an ihm vorüber gesteuert. Er wendet keinen Blick nach ihnen.

Dorothee steigt ihm nach. Kann dieser starrköpfige Wildersohn, dieser Nachkomme Sepp Notnagels, es nicht verhindern, daß jemand mit ihm spielt?

Dorothee steigt in den Wald hinauf und sucht Nolde. Sie sucht ihn lange; dann findet sie ihn.

Er liegt abseits im Schnee, mit dem Rücken an eine Tanne gelehnt.

Die Latzen hat er abgeschnallt.

Als er Dorothee kommen sieht, verbirgt er sein Gesicht.

Ach, diese wunderlichen Gewächse Gottes! Diese Narren im Schnee!

Lacht ihn aus, den Rennläufer Nummer 19, der im Geländesprung über den großen Felsen ging!

Lacht ihn alle aus, denn sieht nur, er hockt im Schnee und heult. Ja, er muß schon wieder flennen, es ist wirklich ein Jammer mit ihm.

Hee, Nolde! Setzt sich ein Rennläufer in den nassen Pappschnee und heult drauflos?

„Nolde, so beherrsche dich doch!“

Nein, er kann sich nicht beherrschen; von einem wilden Schmerz wird er unendlich geschüttelt. Der ganze Körper bebt unter diesem krampfartigen Schmerz.

„Ich will dir alles erklären“, sagt Dorothee, schnallt die Skier ab, wirft die Stöcke beiseite und setzt sich zu ihm in den Schnee!

„Komödiantenseele!“

„Abgeschminkt, Nolde. Abgeschminkt! Ich will dir alles sagen. So beherrsche dich doch!“

„Du brauchst mir nichts zu sagen, ich weiß alles allein.“

„So, du weißt es schon?“

„Du bist immer verschwunden, weil du für dich allein laufen und nicht immer den Hasen, markieren wolltest. Dafür hast du auch die Tonkingstöcke benutzt. Und wenn du allein warst, dann hast du immer dieses Gewand hier getragen, und darum hing auch das Kakadukleid in deinem Zimmer.“

„Ganz recht, woher weißt du denn das so genau?“

„Das habe ich mir jetzt alles zusammengeerntet. Und du hast auch stets selbst gewacht und Zöllern genommen.“

„Ja, Nolde.“

„Und einmal morgens, als du vom Rummel im Tannenhof nach Hause kamst, damals als ich dich mit dem Schlitzen im Stich ließ, da bist du noch kurz vor Tag nach der Hütte gestiegen und dann in aller Hergottsrühe im Schuß an mir vorübergefahren.“

„Ja, Nolde.“

„Und in der Hütte bist du auch heimlich gewesen.“

„Ja, Nolde.“

„Und hast dort Gitarre gespielt.“

„Ja, Nolde.“

„Und neulich nachts warst du auf Teddis Hüttendach und hast Schneeklumpen in den Schornstein geworfen.“

„Ja, Nolde.“

„Und vorgestern bist du allein oben beim Slalomstart geblieben und als alle verdunstet waren, hast du allein für dich die Slalomstrecke trainiert.“

„Ja, Nolde.“

Dorothee ist jetzt ganz verwandelt. Fast still ist sie und nachdenklich. Man fühlt, daß sie sich mit Gedanken beschäftigt, die weitab liegen von diesem Rennen und die auch von einer ganz anderen Sehnsucht getragen werden.

„Komm, Nolde, wir wollen bergan steigen.“

„Im Slalom startest du natürlich auch. Oder nicht?“

„Doch, Nolde.“

„Du weißt, daß ich Favorit bin?“

„Gott sei Dank bist du das.“

„Willst du mir das vielleicht auch abjagen?“

„Komm, Nolde, aufwärts!“

„Ob du mir das auch abjagen willst?“

„Aufwärts, sage ich.“

„Dann sollst du alle Haxen brechen und in des Teufels Bohnenuppe mitkochen.“

„Meinetwegen, komm aber jetzt mit hinauf.“

Sie steigen beide aufwärts durch den tiefen Winterwald. Aus der Ferne hört man Rufen, Beifall und die Stimme der Masse wie ein Wasserrauschen. (Fortsetzung folgt)